

ECOPOP NEIN!

Argumentarium

gegen die Initiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» (Ecopop-Initiative)

NEIN zu einer extrem starren, schädlichen Initiative

Eine fixe Einwanderungsquote blockiert die Schweiz. Sie ist nicht wirtschaftsverträglich: Jede Möglichkeit, auf wirtschaftliche Schwankungen zu reagieren, geht verloren – nicht zuletzt zum Schaden der KMU. Bereits heute fehlen in vielen Branchen gut ausgebildete Arbeitskräfte. Auch bei Ausnützung aller inländischen Potenziale können diese zu einem grossen Teil nur im Ausland gefunden werden. Mit der Initiative würde dies weitgehend verunmöglicht. Ecopop setzt damit auch die Sozialwerke und unseren Wohlstand aufs Spiel.

NEIN zu untauglichen Rezepten

Die Ecopop-Initiative gibt vor, die natürlichen Ressourcen zu schützen. Doch verschlossene Grenzen sind kein brauchbares Mittel für einen tieferen Energieverbrauch oder mehr Klimaschutz. Im Gegenteil: Eine innovative und erfolgreiche Schweiz kann einen viel grösseren Beitrag zur Bewältigung weltweiter Probleme leisten. Die Initiative wirft zudem alle Ausländerkategorien in denselben Topf. Diese Vermischung von Arbeitsbewilligungen und Asylpolitik ist absolut untauglich.

NEIN zu einer anmassenden Entwicklungspolitik

Mit jährlich mehr als 200 Millionen Franken für Kondome und Aufklärungskurse soll die Schweiz dafür sorgen, dass Frauen in Entwicklungsländern weniger Kinder bekommen. Das ist absurd und anmassend. Alle Erfahrungen zeigen, dass Investitionen in Gesundheit und Bildung viel mehr bringen. Überall, wo die Menschen wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten haben, sinken die Geburtenzahlen. Aber diesen Projekten entzieht die Initiative das Geld.

Inhalt

Was die Ecopop-Initiative verlangt	03
Die Ecopop-Initiative schadet uns allen	04
Starre Quoten gefährden den Wohlstand	07
Kein Spielraum für eine Einigung mit der EU	11
Eine Initiative, die der Umwelt mehr schadet als nützt	13
Fazit: Eine unverdauliche Mischung	19
Häufige Fragen und Behauptungen rund um die Ecopop-Initiative	20

Unterstützen Sie die die Kampagne auf:

www.ecopopnein.ch

facebook.com/ecopopnein

twitter.com/ecopop_nein

Für Fragen und Anregungen stehen wir
Ihnen gerne zur Verfügung:

Komitee «Ecopop NEIN»

Postfach 6136

3001 Bern

info@ecopopnein.ch

Was die Ecopop-Initiative verlangt

Die Initiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» des Vereins Ecopop verfolgt zwei Ziele. Einerseits will sie in der Schweiz eine starre Zuwanderungsquote einführen: Die ständige Wohnbevölkerung dürfte aufgrund der Zuwanderung noch um maximal 0,2 Prozent pro Jahr wachsen. Nach heutigem Stand wären das rund 16000 Personen. Mitgezählt werden auch zurückkehrende Auslandschweizer/innen, angeheiratete Ausländer/innen, deren Kinder und Asylsuchende. Internationale Verträge wie das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der

Europäischen Union, die dem Initiativtext widersprechen, sollen innerhalb von vier Jahren neu ausgehandelt oder gekündigt werden. Das zweite Ziel ist der Umbau der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit: 10 Prozent des Gesamtbudgets sollen zwingend für Massnahmen der freiwilligen Familienplanung eingesetzt werden. Konkret müsste die Schweiz jedes Jahr über 200 Millionen Franken für das Verteilen von Verhütungsmitteln und Aufklärungskurse bereitstellen. Das übergeordnete Ziel der Initianten ist es, die weltweite Geburtenrate deutlich zu senken.

Der Initiativtext im Wortlaut

I

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 73a (neu) Bevölkerungszahl

¹ Der Bund strebt auf dem Gebiet der Schweiz eine Einwohnerzahl auf einem Niveau an, auf dem die natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft sichergestellt sind. Er unterstützt dieses Ziel auch in anderen Ländern, namentlich im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit.

² Die ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz darf infolge Zuwanderung im dreijährigen Durchschnitt nicht um mehr als 0,2 Prozent pro Jahr wachsen.

³ Der Bund investiert mindestens 10 Prozent seiner in die internationale Entwicklungszusammenarbeit fliessenden Mittel in Massnahmen zur Förderung der freiwilligen Familienplanung.

⁴ Er darf keine völkerrechtlichen Verträge abschliessen, die gegen die Bestimmungen dieses Artikels verstossen oder Massnahmen verhindern oder erschweren, die zur Erreichung der Ziele dieses Artikels geeignet sind.

II

Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert:

Art. 197 Ziff. 92 (neu)

9. Übergangsbestimmung zu Artikel 73a (Bevölkerungszahl)

¹ Nach Annahme von Artikel 73a durch Volk und Stände müssen völkerrechtliche Verträge, die den Zielen dieses Artikels widersprechen, schnellstmöglich angepasst werden, spätestens aber innert vier Jahren. Nötigenfalls sind die betreffenden Verträge zu kündigen.

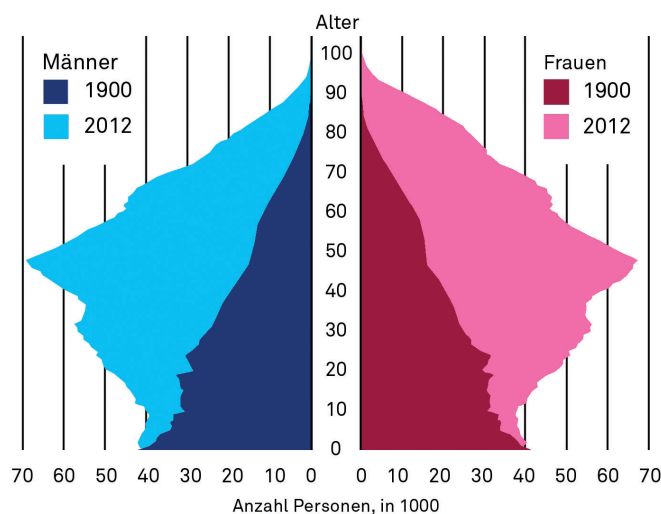
² Nach Annahme von Artikel 73a durch Volk und Stände darf die ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz infolge Zuwanderung im ersten Kalenderjahr nicht um mehr als 0,6 Prozent und im zweiten Kalenderjahr nicht um mehr als 0,4 Prozent zunehmen. Ab diesem Zeitpunkt, und bis die Ausführungsgesetzgebung zu Artikel 73a in Kraft gesetzt wird, darf die ständige Wohnbevölkerung nicht um mehr als 0,2 Prozent pro Jahr zunehmen. Eine höhere Zunahme in den Jahren bis zur Inkraftsetzung der Ausführungsgesetzgebung zu Artikel 73a muss innerhalb von fünf Jahren nach Inkraftsetzung dieser Ausführungsgesetzgebung ausgeglichen werden.

Die Ecopop-Initiative schadet uns allen

Die Schweizer Bevölkerung wird immer älter

Die Schweizer Wohnbevölkerung zählt heute 8,1 Millionen Menschen. Und sie wächst, sogar ohne Zuwanderung, obwohl die Geburtenrate seit Jahrzehnten auf einem sehr tiefen Niveau verharrt. Aktuell liegt sie bei 1,52 Kindern pro Frau. Gleichzeitig ist jedoch die Lebenserwartung massiv gestiegen. Wer heute geboren wird, erreicht durchschnittlich das 81. Altersjahr (Männer), bzw. das 85. Altersjahr (Frauen). Vor drei Jahrzehnten lagen diese Werte bei 73 bzw. 80 Jahren. Wir werden also immer älter und haben kaum Kinder. Entsprechend verändert sich die Zusammensetzung der Bevölkerung.

Aufgrund dieser Entwicklungen hat das Bundesamt für Statistik errechnet, dass bereits im Jahr 2030 rund ein Viertel der Wohnbevölkerung aus Pensionären bestehen wird (heute sind es 17,6 Prozent). Heute leben in der Schweiz rund 50000 mehr 50-jährige als 10-jährige Menschen. Das stellt unser Land vor grosse Herausforderungen. Nicht nur werden fortlaufend mehr Personen pensioniert als in den Arbeitsmarkt nachrücken (siehe unten). Auch die Finanzierung unserer Sozialwerke ist darauf aufgebaut, dass das Gleichgewicht der Generationen nicht völlig aus der Balance gerät.



Die Alterspyramide der Schweizer Wohnbevölkerung hat sich dramatisch verändert: Heute haben nicht mehr die jungen Generationen, sondern jene zwischen 40 und 60 Jahren das grösste Gewicht. Es sind die sogenannten «Baby-Boomer». Sie können durch die nachrückenden Jahrgänge niemals ersetzt werden – weder auf dem Arbeitsmarkt noch bei der Finanzierung der Sozialversicherungen. (Quelle: BFS)

Ecopop fördert die Vergreisung der Schweiz

Die immer grösser werdenden Lücken in der erwerbstätigen Bevölkerung hat die Schweiz in den vergangenen Jahren über die Zuwanderung ausgleichen können. Denn es wandern kaum Rentner in die Schweiz ein, sondern zum überwiegenden Teil Erwerbstätige, die jünger sind als 40. Sie werden nicht nur als Fachkräfte,

sondern auch als Beitragszahler für die Sozialwerke dringend gebraucht. Ohne Zuwanderung würde zum Beispiel die AHV bereits seit 1992 Jahr für Jahr rote Zahlen schreiben. Selbstverständlich werden auch die Zuwanderer, die heute Beiträge zahlen, in Zukunft selbst Anspruch auf eine Rente haben. In diesem Zusammenhang

von einem «Schneeballsystem» zu sprechen ist jedoch verfehlt. Niemand bestreitet ernsthaft, dass die AHV-Finanzierung dringend reformiert werden muss, um einen Kollaps zu vermeiden. Unterlässt man dies, droht bis 2030 eine Finanzierungslücke von rund 9 Milliarden Franken jährlich. Es wäre gar nicht möglich, so viele Zuwanderer in die Schweiz zu holen, um dies zu vermeiden. Doch dank der

zugezogenen Erwerbstätigen erfolgt die Veränderung der Bevölkerungsstruktur langsamer. Es bleibt mehr Zeit, die nötigen Schritte politisch anzupacken. Die Ecopop-Initiative aber bewirkt das Gegenteil: Mit einer derart starren Zuwanderungsquote wird die Überalterung der Schweiz aktiv gefördert, die Finanzierungslücke würde rasch auf das Doppelte ansteigen.

Die Initiative steht völlig quer zu unserer Migrationspolitik

Die Schweiz hat in den vergangenen Jahren zwar eine hohe Zuwanderung verzeichnet, insgesamt hat die Migrationspolitik indes zum Erfolg des Landes beigetragen. Unsere Wirtschaft bekommt gut ausgebildete Fachkräfte, vornehmlich aus europäischen Ländern, die auf unserem Arbeitsmarkt fehlen. Die Ecopop-Initiative ignoriert das völlig und steht quer zu allen bewährten Regelungen. Erstens ist sie unvereinbar mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union. Kann dieses nicht neu verhandelt

werden, verlangt Ecopop – anders als die Masseneinwanderungsinitiative – ausdrücklich die Kündigung. Zweitens macht sie keinerlei Unterschied zwischen unterschiedlichen Zuwanderungskategorien: Arbeitskräfte aus europäischen Ländern (EU und Efta), aus Drittstaaten, Asylsuchende, angeheiratete Ausländer oder zurückkehrende Auslandschweizer – alle werden in denselben Topf geworfen und gleich abgerechnet. Ist die vorgeschriebene Quote erreicht, müssen sie alle draussen bleiben.

Mehr Grenzgänger, mehr Kurzaufenthalter

Mit dem Initiativtext beschränkt Ecopop zwar die ständige Wohnbevölkerung bis auf den Kopf genau, lässt aber eine andere Zuwanderungstür weit offen: Die Zahl der Kurzaufenthalter und der Grenzgänger regelt die Initiative nicht. Ecopop zwingt Unternehmen geradezu, auf der Suche nach Fachpersonal auf diese beiden Gruppen auszuweichen. Diese Menschen sind dann zwar täglich in der Schweiz präsent, brauchen Büros, Wohnungen, Energie und

Verkehrsinfrastrukturen – aber sie dürfen nicht hier bleiben. Das ist nicht nur umweltpolitisch fragwürdig, sondern schadet auch dem gesellschaftlichen Zusammenhalt. Warum soll man Deutsch oder Französisch lernen, wenn man in neun Monaten ohnehin wieder wegziehen muss? Warum die Nachbarn kennenlernen oder sich in einem Verein engagieren? Zuwanderung à la Ecopop ist ein integrationspolitischer Rückschritt.

Einmischung in die Politik anderer Länder

Ecopop sorgt nicht nur in der Schweiz für gesellschaftliche Probleme, die Initiative verlangt auch eine starke Einmischung im Ausland. Es ist absurd, in die Bundesverfassung zu schreiben, dass Familienplanung dafür sorgen soll, dass in anderen

Ländern weniger Menschen leben. Mit dieser überheblichen Haltung schadet die Initiative dem guten Ruf der Schweiz im Ausland. In der Entwicklungszusammenarbeit soll die Schweiz nicht als Moralapostel mit erhobenem Zeigefinger auftreten.

Egoistischer Wohlstandsprotektionismus

Nach der Logik der Initianten muss die Natur geschützt werden, indem weniger Menschen in die Schweiz gelassen werden. Und indem die Menschen im Ausland dazu angehalten werden, sich nicht weiter zu vermehren. Denn Letztere möchten ja das gleiche Wohlstandsniveau erreichen wie die Schweizerinnen und Schweizer, und das würde die Ressourcen des Planeten gemäss Ecopop erschöpfen. Oder

anders gesagt: Die Initiative soll dafür sorgen, dass der Schweizer Wohlstand konserviert wird, während alle anderen gefälligst bescheiden bleiben sollen. Diese selbstgefällige Haltung passt nicht zur Schweiz. Deshalb stellen sich nicht nur der Bundesrat, sondern auch sämtliche namhaften Parteien und Verbände gegen die Initiative. Auch der durchaus zuwanderungskritischen SVP geht sie viel zu weit.



«Ich lehne die Ecopop-Initiative ab, weil sie kein Umweltproblem löst, dafür die Schweiz aussenpolitisch zusätzlich isoliert.»

*Verena Diener,
Ständerätin glp, Zürich*

Starre Quoten gefährden den Wohlstand

Ohne jede Rücksicht auf die Wirtschaft

Nach Umsetzung der Ecopop-Initiative dürften noch 16 000 Personen mehr pro Jahr in die Schweiz ein- als auswandern. Dazu zählen auch heimkehrende Auslandschweizer und angeheiratete ausländische Ehepartnerinnen und -partner und deren Kinder, die sie möglicherweise in die Schweiz mitbringen möchten. Gleiches gilt

für vorläufig aufgenommene Asylsuchende, deren Aufenthalt aus völkerrechtlichen und ethischen Gründen nicht mit einer fixen Quote beschnitten werden kann. Erfährt die Schweiz eine Flüchtlingswelle, wird das überaus knapp bemessene Kontingent sofort ausgeschöpft und es bleibt kein Platz für dringend benötigte Arbeitskräfte.

KMU haben das Nachsehen

Mit dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative steht bereits fest, dass es in der Schweiz ein neues Zuwanderungssystem und damit eine Beschränkung der Zuwanderung von Personen aus dem Ausland geben wird. Im Initiativtext wurde ausdrücklich festgehalten, dass bei der Umsetzung auf die Bedürfnisse der Wirtschaft Rücksicht genommen werden soll. Ecopop geht einen viel radikaleren Weg. Mit einer fixen Nettozuwanderung von im Schnitt 0,2 Prozent ist die Initiative zu starr für die dynamische Schweizer Volkswirtschaft. Egal ob sie floriert oder stagniert, es dürfen netto nur 16 000 Einwanderer in die Schweiz kommen. Das raubt der Schweizer Wirtschaft jegliche Entwicklungsmöglichkeit und steht in keinem Verhältnis zu dem, was von den Unternehmen in den kommenden Jahren zum sicheren Fortbestand benötigt wird. Eine Annahme der Initiative würde die

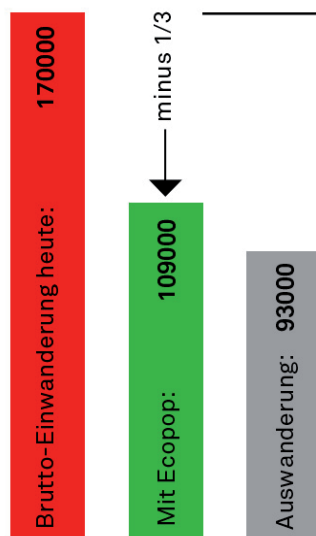
Unsicherheit in der Wirtschaft, die durch das Ja zur Masseneinwanderungsinitiative ausgelöst wurde, noch massiv verstärken. Und Unsicherheit verhindert Investitionen und führt dazu, dass Arbeitsplätze im Zweifelsfall woanders angesiedelt werden.

Es ist zudem offensichtlich, dass es bei einem derart knapp bemessenen Ausländerkontingent zu einem grossen Gedränge um die wenigen Bewilligungen kommen wird. Die diplomierte Pflegerin wird gegen den Ingenieur, die IT-Spezialistin gegen Bauleiter ausgespielt. Und wer von diesen darf mit, wer muss ohne Familie einreisen? Insbesondere kleinere Unternehmen haben in einem solch rigiden System schlechte Karten. Einem Gewerbebetrieb, der einen grossen Auftrag gewinnt und seine Kapazitäten rasch ausbauen müsste, sind dann die Hände gebunden.

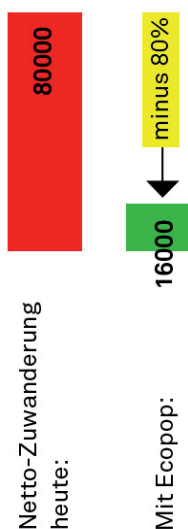
Ecopop trickst bei den Zuwanderungszahlen

Die Initianten erklären bei jeder Gelegenheit, dass sie die heutige Zuwanderung bloss um einen Drittel reduzieren möchten: von heute rund 170 000 auf 109 000 Menschen. Doch da werden Brutto- und Nettozahlen vermischt. Ecopop geht es um eine Beschränkung des Bevölkerungswachstums und dafür sind nur die Nettozahlen relevant. Menschen, die auswandern, hinterlassen auf dem Arbeitsmarkt eine Lücke und müssen ersetzt werden. Die Ecopop-Initiative bezieht sich strikt auf die Nettozuwanderung (Einwanderer minus Auswanderer). Und hier sorgt sie für eine krasse Reduktion um nahezu 80 Prozent: von rund 80 000¹ auf 16 000 Menschen.

So rechnet Ecopop:



Und das ist wirklich relevant:



Die Schweiz kann ihren Arbeitskräftebedarf nicht selbst decken

Als eines von wenigen Ländern kann die Schweiz ihre Nachfrage nach Arbeitskräften nicht selbst decken. So besteht schon heute ein Mangel von rund 260 000² Arbeitskräften, der nur durch Grenzgänger aus dem Ausland kompensiert werden kann. Aufgrund der heutigen Altersverteilung wird sich die Situation noch weiter verschärfen: In den nächsten Jahren tritt die Generation der «Babyboomer» ins Pensionsalter, während die nachfolgenden Jahrgänge deutlich weniger Menschen umfassen. Das Ausmass dieses Arbeitskräftemangels ist massiv: So zeigt eine Studie der Boston Consulting Group, dass schon in sechs Jahren 430 000 Arbeitnehmer fehlen wer-

den. Ein Gutachten der UBS geht sogar von einer halben Million fehlenden Arbeitnehmern aus. Die Schweiz muss sich noch stärker als in der Vergangenheit anstrengen, um ihr inländisches Arbeitskräftepotenzial voll auszuschöpfen (siehe Kasten unten). Doch wird dies nicht ausreichen, um den Bedarf zu decken. Schon heute könnten der Tourismus, das Gesundheitswesen oder die Landwirtschaft ohne ausländisches Personal nicht mehr existieren. Nicht auszudenken, welche Auswirkungen ein ständiger Mangel an diesen Arbeitskräften hätte. Bei näherem Hinsehen wird rasch deutlich, dass unser Wohlstand sehr stark von Arbeitskräften aus dem Ausland abhängt.

¹ Gerundete Durchschnittszahlen der letzten Jahre.

² Boston Consulting Group (2014).

Mobilisierung des inländischen Arbeitskräftepotenzials

Bund, Kantone und Sozialpartner haben bereits 2011 die sogenannte Fachkräfteinitiative ins Leben gerufen, um den Arbeitskräftemangel im Inland zu bekämpfen. So soll die Weiterbeschäftigung von Mitarbeitenden über das ordentliche Pensionsalter hinaus ermöglicht und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert werden. Auch werden Weiterbildungen gefördert und Frauen sollen besser in den Arbeitsalltag integriert werden. Das Arbeitskräftepotenzial soll aber auch über weitere Massnahmen verbessert werden, beispielsweise durch die verbesserte Erwerbsintegration von vorläufig aufgenommenen Flüchtlingen.

Riesige Lücke auf dem Arbeitsmarkt

Mit einem Wanderungssaldo von maximal 16000 Menschen pro Jahr kann die Nachfrage der Wirtschaft unmöglich gedeckt werden. Und weil rückkehrende Auslandschweizer und Flüchtlinge einen Vorrang geniessen werden, verkleinert sich der Spielraum für dringend benötigte Arbeitskräfte auf ein Niveau, das nicht

mehr tragbar ist. Bereits in zehn Jahren fehlen der Schweiz rund 200000 Erwerbspersonen, die wegen der Ecopop-Initiative nicht mehr einreisen dürfen. Die Initiative ermöglicht deshalb kein «massvolles Wachstum», sondern zwingt im Gegenteil die Wirtschaft zu Stagnation und mittelfristig zu einer Schrumpfkur.

Ecopop verschärft den Arbeitskräftemangel

Schon heute fehlen der Schweiz Fachkräfte – und Ecopop würde die Situation massiv verschlimmern. Zu den besonders betroffenen Berufsgruppen gehören insbesondere Gesundheits- und Pflegeberufe, Handwerker, Ingenieure oder Informatikspezialisten. Aber die Einstellung von qualifiziertem Personal ist nicht nur in diesen Branchen schwierig geworden, sondern ein allgegenwärtiges Phänomen. Die demografische Entwicklung bedroht auch hier die Versorgung der Unternehmen mit Arbeitskräften: Eine Studie im Auftrag des Seco³ zeigt, dass bei Lehrern, Putzkräften und Pflegepersonal ein erhöhter demografischer Ersatzbedarf besteht. In diesen Branchen liegt der Anteil der über 50-Jährigen mit bis zu 39 Prozent deutlich über dem gesamtschweizerischen Durchschnitt (30 Prozent der Erwerbstätigen). Auch trifft der Mangel vor allem höher qualifizierte Arbeitskräfte wie Ingenieure oder Informatiker. Diese weisen eine hohe Produktivität auf, weshalb

sich ein Mangel in diesen Berufsfeldern negativ auf die Schöpfungskraft der ganzen Schweiz auswirkt. Die Verfügbarkeit von gut ausgebildetem Personal ist ein Schlüsselfaktor für die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes. Gerade in einer forschungs- und wissensintensiven Volkswirtschaft wie der Schweiz können wir uns einen Mangel an qualifizierten Fachkräften nicht leisten. Wenn Schweizer Unternehmen aufgrund von Personalmangel auf die Annahme von Aufträgen verzichten werden müssen, verschlechtert sich ihre Wettbewerbsposition rasch. Zusammen mit steigenden Lohn- und Rekrutierungskosten führt dies zu deutlichen Nachteilen gegenüber der ausländischen Konkurrenz. Sofern möglich, würden Unternehmen vermehrt die Verlagerung einzelner Unternehmensleistungen zu ausländischen Tochtergesellschaften erwägen. Dem Wirtschaftsstandort Schweiz droht damit ernsthafter Schaden.

³ B,S,S. Volkswirtschaftliche Beratung AG: Fachkräftemangel in der Schweiz – Ein Indikatorensystem zur Beurteilung der Fachkräftenachfrage in verschiedenen Berufsfeldern: Studie im Auftrag des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco). Basel 2014.

Beispiel Gesundheitswesen

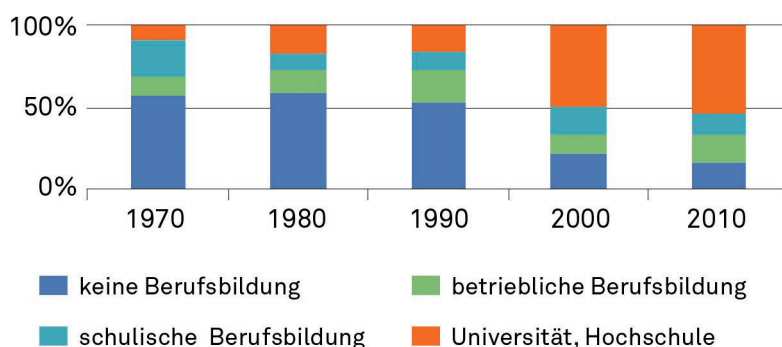
Besonders der Gesundheitssektor wird durch die demografische Entwicklung vor grosse Herausforderungen gestellt: Es hat zu wenige Nachwuchskräfte, um die Babyboomer auf dem Arbeitsmarkt zu ersetzen. Gleichzeitig steigt der Bedarf an Gesundheits- und Pflegepersonal infolge Überalterung und steigender Lebenserwartung. Es ist deshalb unabdingbar, dass auch Fachpersonal aus dem Ausland rekrutiert werden kann. Doch die Ecopop-Initiative macht dies fast unmöglich. Der Verband der Heime und Institutionen CURAVIVA schätzt, dass alleine für die Pflege ein jährlicher Rekrutierungsbedarf an ausländischem Personal von 6300 Arbeitskräften besteht. Mit der von Ecopop verlangten 80-prozentigen Reduktion der Nettozuwanderung sind diese Leute schlicht und einfach nicht mehr verfügbar. Wer pflegt unsere Alten, wenn das Personal fehlt? Für soziale Institutionen ist ein Ausweichen auf Saisonniers und Kurzzeitaufenthalter keine Lösung, da es für Pflegepatienten wichtig ist, dass ihre Betreuer nicht in kurzen Abständen wechseln.

Verlust des sogenannten «Braingain»

Die Schweiz ist kein Wirtschaftsstandort, wo Unternehmen mit Massenproduktion Geld verdienen können. Der Erfolg unseres Landes hängt von Innovationen und wertschöpfungsstarken Branchen ab. Das funktioniert aber nur, solange hoch qualifizierte Arbeitskräfte verfügbar sind: Nur durch den Beitrag der besten Forscher und Spezialisten kann die Schweiz als Innovationsstandort im globalen Wettbewerb bestehen. Dass die Schweiz auf ausländische Fachkräfte mit hohem Bildungsniveau angewiesen ist, zeigt ein Blick in die Zuwanderungsstatistik: Hatten 1970 nur zehn Prozent der ausländischen Arbeitskräfte eine höhere Schulbildung, waren es 2010 schon 54 Prozent. Die Zuwanderung ist folglich eine wichtige Quelle für qualifizierte Fachkräfte,

die auf dem Schweizer Arbeitsmarkt nicht gefunden werden können. Die Ecopop-Initiative macht die Schweiz leider gerade für Fachspezialisten besonders unattraktiv. Gut ausgebildete Personen sind weltweit gesucht und haben folglich eine grosse Auswahl an möglichen Arbeitgebern. Weshalb sollten sie sich noch für die Schweiz entscheiden, wenn die Hürden für Einwanderer hier besonders hoch sind und nicht einmal klar ist, ob das Kontingent auch für ihre nächsten Familienangehörigen ausreicht? Die Konsequenzen einer solchen Politik sind absehbar: Die Initiative lässt das Callcenter im Tessin, das Grenzgänger zu Tiefstlöhnen beschäftigt, völlig unbehelligt. Hingegen trifft sie das CERN in Genf oder das IBM-Labor in Rüschlikon ganz direkt.

Bildungsstand der ausländischen Wohnbevölkerung



Quelle: BFS (VZ 1970-2000, SAKE 2010); B, S, S. Volkswirtschaftliche Beratung.

Kein Spielraum für eine Einigung mit der EU

Die Initiative führt die Schweiz in eine Sackgasse

Ecopop lässt der Schweiz keine andere Wahl, als das Personenfreizügigkeitsabkommen (FZA) mit der EU nach spätestens vier Jahren zu kündigen, wenn es nicht angepasst werden kann. Der erfolgreiche bilaterale Weg wäre damit praktisch am Ende. Die EU hat bereits in den Gesprächen zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative klar gemacht, dass sie keine Diskriminierung ihrer Bürger akzeptiert. Die starre Ecopop-Initiative würde den Spielraum der Schweiz noch viel stärker einschränken. Damit wären neue Gespräche vom Tisch und die Schweiz müsste den Vertrag auflösen. Über die Guillotine-Klausel würden bei einer Kündigung der Personenfreizügigkeit auch alle anderen Verträge der Bilateralen I

nach sechs Monaten automatisch wegfallen. Es wäre der Beginn einer aussenpolitischen Isolation. Denn es ist illusorisch zu glauben, dass die EU unserem Land heute gleich gute oder sogar bessere Bedingungen für den Marktzugang zugesteht als früher. Der Verlust der Bilateralen I würde der Schweiz und allen Schweizern erheblich schaden. Dass unsere Unternehmen mit europäischen Firmen dank der bilateralen Verträge einfacher und direkter handeln können, hat unserer Volkswirtschaft enormen Schwung verliehen. 2013 haben Schweizer Firmen Waren im Wert von über 116 Milliarden Franken in die EU verkauft. Noch 2001 betrugen die Exporte dorthin lediglich 87 Milliarden Franken.

Die Arbeitnehmenden profitieren vom Wirtschaftserfolg

Über 60 Prozent der Zuwanderer aus der EU/EFTA kommen in die Schweiz, um zu arbeiten. Das Qualifikationsniveau der Zuwanderung ist weiterhin hoch. Dadurch können unsere Unternehmen dem Fachkräftemangel begegnen und zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, von denen insbesondere auch die Schweizer profitieren. Mehr als 600 000 neue Stellen sind seit 2002 in der Schweiz entstanden, über die Hälfte davon werden von Schweizerinnen

und Schweizern besetzt. Die Arbeitslosenquote war mit 3,0 Prozent im Durchschnitt während der letzten zwölf Jahre 0,4 Prozent tiefer als in den zehn Jahren vor Inkrafttreten der Personenfreizügigkeit. Auch gibt es gemäss dem Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) keinen Druck auf die tieferen Löhne. Der durchschnittliche Reallohn ist zwischen 2002 und 2013 jährlich um 0,7 Prozent gestiegen, zwischen 1992 und 2001 waren es pro Jahr nur 0,2 Prozent.

Ausgewählte bilaterale Verträge – und was sie uns bringen

Technische Handelshemmnisse: Für eine wettbewerbsfähige Exportindustrie

Schweizer Unternehmen sparen dank dieses Abkommens Zeit und Geld. Sie können ihre Produkte schneller in EU-Staaten verkaufen und müssen nicht lange auf eine zweite Zulassung warten. Das macht sie wettbewerbsfähiger und sichert Arbeitsplätze. Betroffen von dem Abkommen sind Exporte im Wert von 47 Milliarden Franken. Die Exportindustrie spart so jährlich 200 bis 500 Millionen Franken ein.

Öffentliches Beschaffungswesen: Mehr Aufträge für inländische Anbieter

Das Abkommen öffnet Schweizer Firmen einen Markt, auf dem die europäischen Staaten pro Jahr schätzungsweise 2400 Milliarden Franken ausgeben – und es öffnet ihn in Bereichen, die nicht von anderen Regeln (z.B. durch die WTO) abgedeckt sind. Die Schweizer Exportindustrie hat hier besonders gute Chancen, da sie auf hoch technologische Ausrüstungsgüter spezialisiert ist – wie etwa der Thurgauer Eisenbahnhersteller Stadler Rail oder die Kabelsparte der Dätwyler Holding.

Landverkehrsabkommen: Der Bund erhält mehr Mittel für den Schienenverkehr

Aufgrund des Verkehrsabkommens kann die Schweiz die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) auch bei Chauffeuren aus den EU- und EFTA-Staaten eintreiben. Dadurch hat der Bund 2012 insgesamt 425 Millionen Franken eingenommen, was einem Viertel der gesamten LSVA-Einnahmen entspricht. Das Geld setzt er ein, um den Verkehr auf die Schiene zu verlagern. 1,26 Millionen schwere Güterfahrzeuge sind 2011 durch die Alpen gefahren – 10,4 Prozent weniger als im Jahr 2000. Experten schätzen, dass ohne das Abkommen im Jahr 2006 400 000 Lastwagen mehr durch die Schweizer Alpen gerollt wären.

Forschungsabkommen: Macht die Schweiz noch innovativer

Eine innovationsbasierte Wirtschaft wie die Schweiz braucht einen international wettbewerbsfähigen und erfolgreichen Forschungsplatz. Hier leistet das Abkommen mit der EU einen grossen Beitrag, da es den Schweizern den Zugang zu den europäischen Forschungsrahmenprogrammen (FRP) ebnet. Am FRP 6 (2003-2006) hat sich die Schweiz mit 1300 Projekten beteiligt, woraus sich 32 000 Projektpartnerschaften zwischen Schweizer und europäischen Forschern ergaben – diese Vernetzung ist für die Schweiz ungemein wichtig.

Eine Initiative, die der Umwelt mehr schadet als nützt

Ecopop fördert die Nachfrage nach Grenzgängern

Ecopop möchte das Wachstum der ständigen Wohnbevölkerung massiv und abrupt bremsen. Die Initiative wirft zu diesem Zweck zwar alle möglichen Ausländergruppen in einen Topf, aber die Grenzgänger sind ihr egal. Unternehmen, die auf dem Schweizer Arbeitsmarkt nicht fündig werden und auch kein Kontingent ergattern, werden deshalb gar keine andere Möglichkeit mehr haben, als vermehrt Grenzgänger einzustellen (so weit dies nach Umsetzung

der Masseneinwanderungsinitiative noch erlaubt ist). Aus Sicht der Wirtschaft ist das zwar besser als eine völlige Abriegelung der Schweiz, aber von einer brauchbaren Lösung trotzdem meilenweit entfernt. Denn eine weitere Zunahme des öffentlichen und privaten Verkehrs in grenznahen Gebieten wie dem Tessin ist in niemandes Interesse. Gerade aus umweltpolitischer Sicht ist es unsinnig, mit einer allzu starren Initiative solche Ausweichmanöver zu erzwingen.

Mobilitätswachstum ist nur am Rand zuwanderungsbedingt

Nach Aussage der Initianten sind 80 Prozent des gestiegenen Mobilitätskonsums der letzten Jahre auf die Zuwanderung zurückzuführen. Diese Behauptung ist falsch. Denn wenn man dem Bundesamt für Statistik Glauben schenken darf, hat der private motorisierte Verkehr seit 1950

um den Faktor 5 zugenommen. Gleichzeitig ist die Schweizer Bevölkerung nur um den Faktor 1.5 gewachsen. Selbige Schlussfolgerung ist auch zulässig in Bezug auf den öffentlichen Verkehr, der seit 1950 um das Doppelte zugelegt hat.

Geschlossene Grenzen nützen der Umwelt nichts

Ecopop will mit einer Beschränkung der Zuwanderung die «natürlichen Ressourcen schonen» und die Umwelt schützen. Der Zusammenhang ist äusserst fragwürdig: Aus ökologischer Sicht ist es irrelevant, ob eine Person in Deutschland, Frankreich oder der Schweiz Ressourcen verbraucht. Nur weil ein Mensch von Wien nach Zürich umzieht, nimmt die Umweltbelastung nicht zu. Probleme wie der steigende Rohstoff- und Energieverbrauch oder der zu hohe CO₂-Ausstoss sind mit Zuwanderungsbarrieren nicht zu lösen. Dafür braucht es Nachhaltigkeit, effizientere und

umweltfreundlichere Technologien und Innovationen. Die Schweiz spielt hier eine Vorreiterrolle. Viele Unternehmen haben ihren Energieverbrauch in den vergangenen Jahren deutlich gesenkt. Und auf allen politischen Ebenen werden Strategien verfolgt, um beispielsweise den Einsatz fossiler Brennstoffe im Gebäudebereich weiter zu senken. Möglich ist das alles nur, wenn die entsprechenden Technologien entwickelt werden und Spezialisten vorhanden sind, die diese auch anwenden können. Die Ecipop-Initiative sabotiert beides.

Zuwanderer ändern nichts an unserem ökologischen Fussabdruck

Mit dem «ökologischen Fussabdruck» wird aufgezeigt, wie viele Planeten Erde nötig wären, wenn alle Menschen so viele Ressourcen verbrauchen würden wie die Person X. Der ökologische Fussabdruck eines Einwohners der Schweiz ist im Durchschnitt 4,5 Mal so gross wie jener eines Einwohners des Kongo. Die heutige Zuwanderung in die Schweiz erfolgt hauptsächlich aus europäischen Ländern, die alle einen ähnlichen durchschnittlichen Fussabdruck aufweisen. Ob jemand nördlich oder südlich des Rheins wohnt, spielt für seinen Verbrauch an natürlichen Ressourcen keine Rolle. Auch der Entwickler des ökologischen Fussabdrucks, der Schweizer Mathis Wackernagel, hat sich von der Ecopop-Initiative deutlich distanziert. «Die Vorlage ist unmenschlich. Wo in Europa die Menschen wohnen, ist relativ unbedeutend für den Ressourcenverbrauch», erklärte er in einem Interview mit der «Basellandschaftlichen Zeitung» vom 24. Februar 2014.

Zersiedelung ist ein Problem – aber nur zu einem kleinen Teil zuwanderungsbedingt

Die Siedlungsentwicklung in der Schweiz hat in den vergangenen Jahrzehnten mancherorts ein ungesundes Ausmass angenommen. Scheinbar planlos wurde Kulturland verbaut oder eingezont. Es ist jedoch ein Trugschluss, die Zersiedelung der Zuwanderung anzulasten. Die individuellen Platzansprüche insbesondere beim Wohnraum sind in den letzten Jahren immer weiter gestiegen. Und der fortwährende Drang nach Wohnraum «im Grünen» hat vielerorts zu einer unsinnig tiefen Ausnützung des vorhandenen Raums geführt.

Das revidierte Raumplanungsgesetz, das am 1. Mai 2014 in Kraft getreten ist, sieht strenge Massnahmen vor, um die Zersiedelung einzudämmen und das Kulturland zu schützen. In ihren Richtplänen legen die Kantone neu unter anderem fest, wie Siedlung und Verkehr aufeinander abgestimmt und eine flächensparende Erschliessung sichergestellt werden sollen. Ausserdem legen sie dar, wie die Erneuerung und die Verdichtung von Siedlungen gestärkt werden können.

Entwicklungszusammenarbeit à la Ecopop ist anmassend und ineffizient

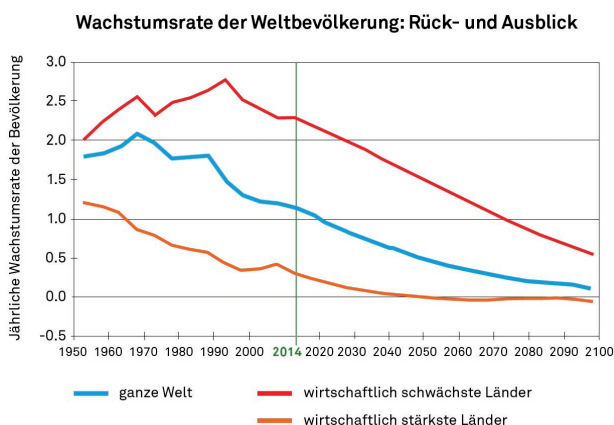
200 Millionen pro Jahr für Kondome und Aufklärungskurse

Ecopop fordert, dass zehn Prozent der Gesamtausgaben der Schweiz für die Entwicklungszusammenarbeit in die freiwillige Familienplanung investiert werden. Die Budgets der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit (Deza) und des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) für diesen Bereich umfassen insgesamt 2,05 Milliarden Franken pro Jahr. Würde die Ecopop-Initiative angenommen, müssten

demnach mehr als 200 Millionen Franken jährlich für das Verteilen von Kondomen und Aufklärungskurse reserviert werden. Das weltweite Bevölkerungswachstum auf diese Weise stoppen zu wollen, ist zu kurzfristig gedacht und falsch, gleichzeitig anmassend und kolonialistisch. Ausnahmslos alle Entwicklungshilfeorganisationen stellen sich denn auch vehement gegen die Initiative. Gründe dafür gibt es viele.

Mythos unbegrenztes Bevölkerungswachstum

Ecopop begründet die Initiative mit dem explodierenden Bevölkerungswachstum, welches unbegrenzt weitergehen und unseren Planeten langfristig zerstören werde. Dabei verkennen die Initianten die



Quelle: Population Division of the Department of Economic and Social Affairs of the United Nations Secretariat: World Population Prospects: The 2012 Revision. New York 2013.

Realität und die korrekten Zahlen zum Bevölkerungswachstum. Die Weltbevölkerung hat sich seit 1960 tatsächlich verdoppelt. Doch das Wachstum verlangsamt sich. Die weltweite Fruchtbarkeitsrate liegt heute bei 2,5 Kindern pro Frau gegenüber noch 4,5 Kindern im Jahre 1970. Damit wächst die Weltbevölkerung nur noch um ein Prozent pro Jahr und die Wachstumsrate ist weiter rückläufig. Prognosen der UNO und anderer Organisationen gehen davon aus, dass sich die Weltbevölkerung spätestens ab dem Jahr 2100 stabilisiert oder gar schrumpft. Denn überall, wo sich Gesellschaften weiterentwickeln und der Wohlstand steigt, sinkt die Geburtenrate schnell und deutlich. In der westlichen Welt (etwa in den USA) dauerte es 100 Jahre, um die Geburtenrate von sechs auf drei Kinder pro Frau zu senken. In Indien dauerte dies 35 Jahre, im Iran nur noch deren 20.

Veralteter Ansatz

Die Argumentation, mit der Ecopop den zweiten Teil der Initiative begründet, ist nicht nur über 200 Jahre alt und längst überholt, sie zielt auch weit am Problem vorbei und ist schlicht falsch. Erstens stimmt es zwar, dass der Druck auf die natürlichen Ressourcen stark zugenommen hat. Mit der Armut und dem Bevölkerungswachstum in Entwicklungsländern hat dies aber weniger zu tun als mit dem hohen Ressourcenverbrauch in den Industrieländern. Zweitens ist es verfehlt zu meinen, dass die Geburtenrate in den ärmsten Ländern dieser Welt durch das Verteilen von Kondomen sinken würde. Es hat sich in dem Bereich viel getan und die Entwicklungshilfeorganisationen sind längst einen Schritt weiter als der kurzfristige Lösungsansatz von Ecopop. Der Zugang zu Verhütungsmitteln ist zweifellos ein wichtiger Punkt und konnte auf der ganzen Welt in den letzten Jahren stark

verbessert werden. Zwar gibt es gemäss UNO-Berichten nach wie vor zahlreiche Frauen, denen die Möglichkeiten zur Verhütung verwehrt sind und die deshalb ungewollt schwanger werden. Das hat aber meist nicht mit einem nicht vorhandenen Kondom zu tun, wie Ecopop dies annimmt. Die Untersuchungen der Weltbank und der UNO zeigen, dass eine vorausschauende Familienplanung in erster Linie am sozialen und wirtschaftlichen Druck scheitert. Dieser lastet besonders stark auf den jungen Frauen. Verhütungsmittel sind erst dann sinnvoll und wirksam, wenn stabilere Verhältnisse herrschen, wirtschaftliche Chancen bestehen und mehr Entscheidungskompetenzen der Frauen gewährleistet sind. Die Weltbevölkerungskonferenz von 1994 hat denn auch festgehalten, dass Familienplanung nur als Gesamtpaket funktionieren kann.

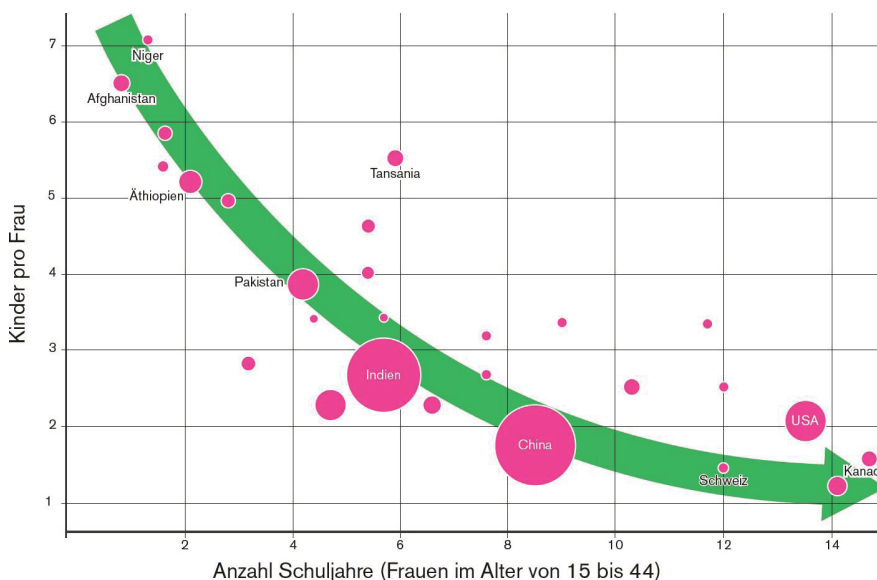
Das Beispiel Mali

Ecopop-Befürworter verweisen in ihrer Argumentation gerne auf Mali – ein sehr armes Land mit hoher Geburtenrate. Doch die Misere hat nichts mit der mangelnden Verfügbarkeit von Verhütungsmitteln zu tun. Die Menschen haben weder Bildung, noch können sie sich auf ein funktionierendes Sozialsystem verlassen. Kommt hinzu, dass die Kindersterblichkeit wegen ungenügender Hygienekenntnisse nach wie vor hoch ist und das Land dauernd von neuen Krisen geschüttelt wird. Unter diesen Voraussetzungen stellen Kinder die einzige Möglichkeit dar, die eigene Existenz zu sichern. Sie sind sowohl Arbeitskräfte wie auch Unterstützung im Alter. Eine grosse Kinderschar ist also eine Überlebensstrategie. Damit aber nicht genug. Denn hinzu kommt ein komplexes gesellschaftliches System, welches patriarchalisch funktioniert und von religiösen Zwängen beherrscht ist. Beides verbaut es den betroffenen Frauen, die oft sehr früh verheiratet werden, eigene Entscheidungen zu treffen. An all diesen negativen Faktoren ändert die Ecopop-Initiative nichts.

Bildung bewirkt weit mehr als Kondome

Die Erfahrungen langjähriger Entwicklungshilfe zeigen deutlich, dass eine Frau weniger Kinder hat, wenn sie eine Schulbildung und möglicherweise sogar eine Berufsbildung genossen und die Familie wirtschaftliche Perspektiven hat. Auch die Verbesserung des Gesundheitswesens und die damit einhergehende Senkung der Kindersterblichkeit bringen die Menschen dazu, weniger Kinder zu zeugen. Eine Frau, deren Geschwister alle überlebt haben und die ausserdem gleichzeitig eine Schulbildung genossen und reale Aussichten auf ein besseres Leben hat, hat deut-

lich weniger Grund, selbst viele Kinder zu zeugen. Dieser Zusammenhang ist einfach nachvollziehbar und entspricht auch den Erfahrungen der Hilfswerke. Verschiedene Statistiken zeigen deutlich auf, dass die Geburtenrate proportional zur besseren Schulbildung der Frauen sinkt. Denn eine solide Ausbildung schützt die Frauen nicht nur vor einer verfrühten Heirat, sondern verschafft ihnen auch Einkommen, Anerkennung und Sicherheit. Nur damit werden die Frauen nachhaltig gestärkt und können die Planung ihrer Zukunft und die ihrer Familie aktiv in die eigenen Hände nehmen.



Je länger zur Schule, desto weniger Kinder

Der weltweite Vergleich zeigt es überdeutlich: Je länger in einem Land junge Frauen durchschnittlich zur Schule gehen, desto tiefer ist die Geburtenrate. Die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit investiert heute in viele Bildungsprojekte in ärmeren Ländern. Ecopop hingegen verlangt eine unsinnige Neuausrichtung auf Verhütungsmittel.

(Quelle: Gapminder 2009)

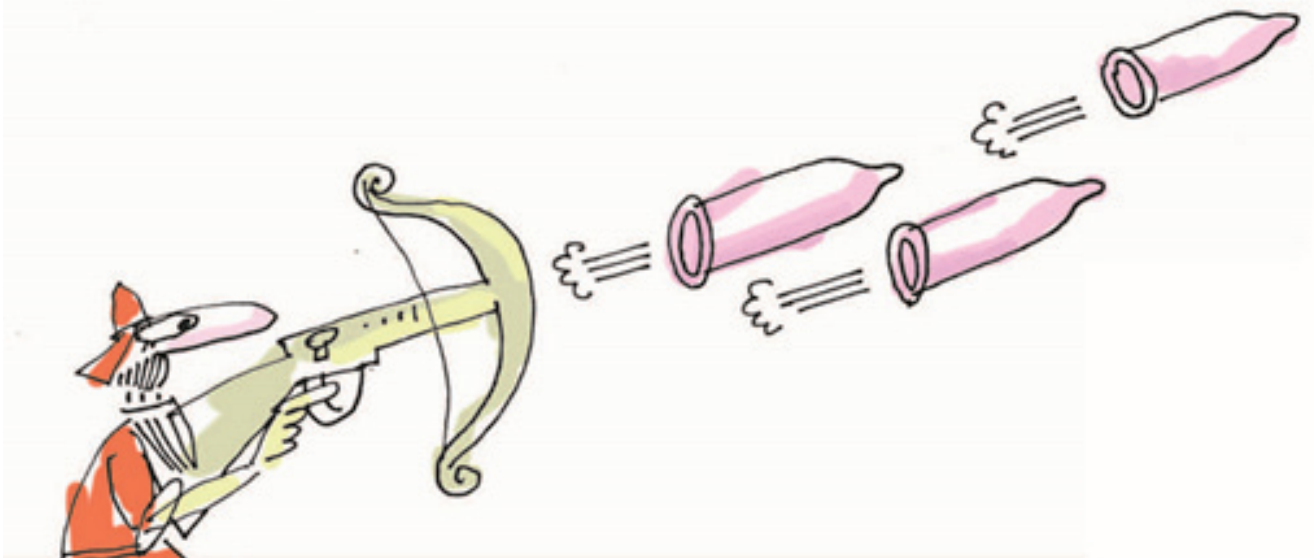
Nachhaltige und effektive Entwicklungshilfe investiert somit in Bildung und wirtschaftliche Entwicklung. Mit Erfolg. Länder, die zur Gründungszeit von Ecopop eine Geburtenrate hatten wie heute z.B. Mali, haben in den vergangenen 40 Jahren teilweise fast schon ein schweizerisches Niveau erreicht. Bangladesch etwa, wo eine Frau vor 40 Jahren durchschnittlich sieben Kinder hatte. Heute sind es noch knapp mehr als zwei. Oder auch Indien, wo sich heute die Frauen normalerweise nach der Geburt von

zwei oder drei Kindern sterilisieren lassen. Erreicht werden konnte dies mit einfachsten Massnahmen. Man hat Mahlzeiten für Schulkinder finanziert. So konnten auch die Ärmsten ihre Kinder in die Schule schicken, darunter auch die Mädchen. Daraus haben sich sogenannte «Saving Groups» entwickelt. Darin haben sich junge Frauen zusammengeschlossen, um sich gegenseitig zu stärken und gemeinsame Projekte voranzutreiben, welche ihnen mehr Unabhängigkeit und finanzielle Perspektiven geben.

Die Schweiz macht sich mit Ecopop unglaublich

Die Schweiz hat durch langjährige Arbeit zahlreiche international sehr anerkannte Entwicklungszusammenarbeiten aufgebaut und geniesst grosses Vertrauen. Käme sie nun daher und würde den Ländern durch das masslose Verteilen von Verhütungsmitteln die Reduktion der Geburten quasi aufzwingen, ohne sichtbaren Mehrwert, würde das sehr schlecht aufgenommen. Insbesondere in Ländern, in denen die Bevölkerung in der Vergangenheit mit gesetzlich verordneten Zwangssterilisa-

tionen und ähnlichen Methoden konfrontiert war. Damit würde wertvolle Arbeit der letzten 60 Jahre torpediert, und die Schweiz würde sich und dem guten Ruf ihrer Entwicklungshilfe schaden. Es ist im höchsten Grad anmassend, eine Reduktion des Bevölkerungswachstums anderer Länder in die schweizerische Verfassung zu schreiben. Dieser Ansatz ist kolonialistisch, würde die Schweiz auf dem internationalen Parkett disqualifizieren und die Entwicklungshilfe massgebend schwächen.



Geld am falschen Ort investiert

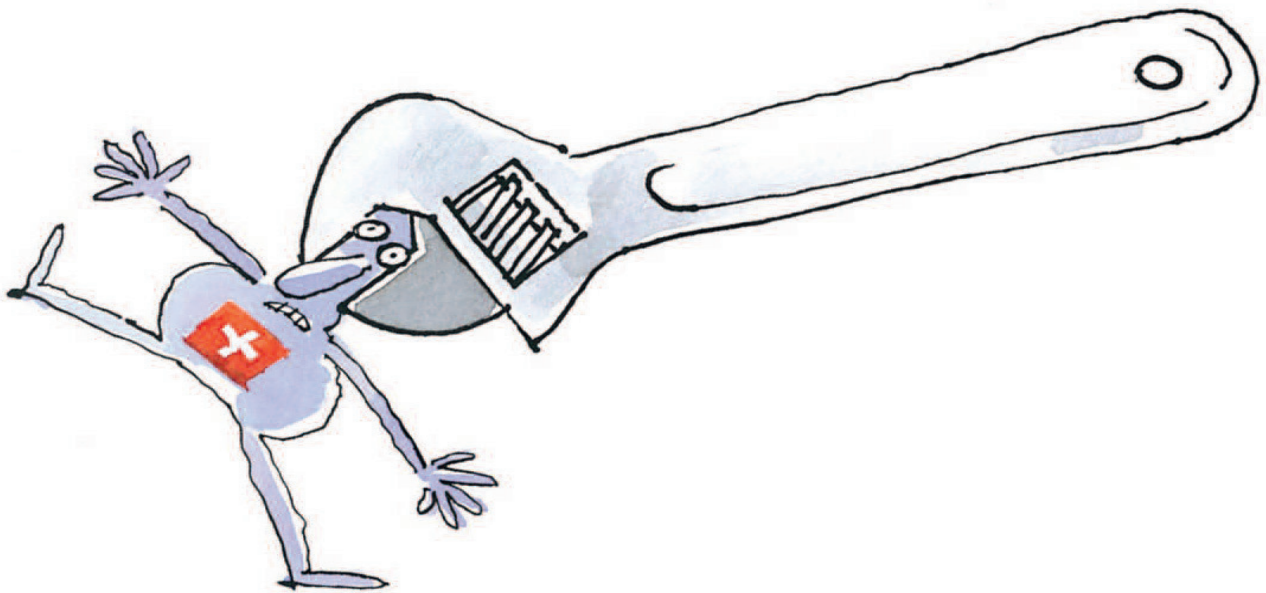
Das jährliche Entwicklungshilfebudget der Deza und des Seco, auf die der zweite Teil der Ecopop-Initiative abzielt, beträgt (bis 2016) 2,05 Milliarden Franken. Zehn Prozent davon wären 205 Millionen. Stand heute investiert die Schweiz rund 90 Millionen Franken pro Jahr in Massnahmen der freiwilligen Familienplanung, die Prävention gegen sexuell übertragbare Krankheiten wie AIDS, die Verbesserung der gesundheitlichen Bedingungen für Gebärende usw.

Ecopop fasst den Begriff Familienplanung in allen Kommentaren zur Initiative sehr viel enger: Aufklärungskurs, Pille, Kondom. Es müssten deshalb mehr als die Differenz von 115 Millionen Franken pro Jahr zusätzlich in solche Massnahmen investiert werden. Dieses Geld fehlt dann allerdings in anderen Projekten, die auf einen nachhaltigen Aufbau von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen abzielen. Über die Konsequenzen schweigt sich Ecopop aus.

Fazit: Eine unverdauliche Mischung

Die Ecopop-Initiative will die Zuwanderung in die Schweiz mit einer rigiden und starren Quote einschränken und gleichzeitig in Entwicklungsländern Verhütung predigen. Diese Mischung ist unverdaulich. Sie schadet unserem Wohlstand und bringt der Umwelt und den Menschen in ärmeren Ländern rein gar nichts. Deshalb am 30. November:

NEIN zu Ecopop!



Häufige Fragen und Behauptungen rund um die Ecopop-Initiative

Ecopop und Bevölkerungswachstum: Zahlen und Fakten

Behauptung	Fakt ist
<i>Jedes Jahr wächst die Schweiz um die Grösse der Stadt St. Gallen. Das müssen wir bremsen.</i>	Es stimmt, die Einwanderung in die Schweiz kann nicht auf den hohen Werten der letzten Jahre verharren. Das Volk hat mit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative am 9. Februar bereits ein klares Zeichen gesetzt. Ecopop würde den Wanderungssaldo (Differenz zwischen Ein- und Auswanderung) radikal um 80 Prozent reduzieren: von 80 000 auf rund 16 000 Menschen pro Jahr. Dies hätte in der Wirtschaft, bei KMU, im Gesundheitswesen oder Verkehr drastische Konsequenzen. Fachkräfte würden zur Mangelware. Mit der starren Ecopop-Regelung könnte die Schweiz die Einwanderung zahlenmässig nicht mehr steuern. Die Obergrenze würde stur durch die Verfassung diktiert. Deshalb sind auch alle namhaften Parteien inkl. der SVP dagegen.
<i>Die Zuwanderung bringt den Schweizern nichts: Das BIP pro Kopf ist seit 2002 nicht merklich gestiegen. Während das BIP pro Kopf in Deutschland seither um 10,5 Prozent zunahm, ist es hier nur um neun Prozent gewachsen.</i>	Diese Zahlenspielerie verzerrt die Realität. Nimmt man die absoluten Zahlen, zeigt sich ein anderes Bild: Das BIP pro Kopf in der Schweiz ist seit 2002 um über 5600 Franken gestiegen (gemäss Eurostat). Damit ist es in zehn Jahren um über 1100 Franken stärker gewachsen als in Deutschland. Unser Wohlstand ist auch dadurch weiterhin Spitze: Unser BIP pro Kopf liegt bei 55 750 Franken und ist somit um 18 000 Franken höher als das deutsche. Zum BIP pro Kopf gilt es ausserdem anzumerken, dass wegen der Überalterung ein immer grösserer Bevölkerungsanteil gar nicht mehr zur Wertschöpfung beiträgt. Dass der Wert trotzdem steigt, spricht erst recht für die Schweiz.
<i>Einwanderer erhöhen ihren ökologischen Fussabdruck in zweifacher Hinsicht. Einerseits, weil sie eine höhere Kaufkraft erlangen, und andererseits, weil die Infrastruktur für sie ein zweites Mal gebaut werden muss.</i>	Dieses Argument ist absurd. Der überwältigende Anteil der Zuwanderung in die Schweiz kommt aus Ländern, deren Bevölkerung einen vergleichbaren ökologischen Fussabdruck wie die Schweizer Bevölkerung hat. Wandert beispielsweise ein Deutscher in die Schweiz ein, bleibt sein ökologischer Fussabdruck gleich gross – kommt ein Amerikaner, wird er sogar kleiner. Ausserdem ist das Konzept des ökologischen Fussabdrucks in der Fachwelt umstritten, was sogar deren Erfinder thematisieren. Insbesondere die Reduktion auf eine einzige Kenngrösse steht in der Kritik. So macht in einzelnen Ländern die Produktion von CO ₂ mehr als die Hälfte des Wertes aus und hat ein zu grosses Gewicht. Verursachung von Abfall, Recyclingquoten, toxische Substanzen oder Wassermanagement finden im Konzept keinen Platz. Genau hier aber sind Länder wie die Schweiz weit voraus.
<i>Die Einwohnerzahl der Schweiz wächst fünfmal schneller als diejenige von Europa. Das Wachstum liegt im Bereich des Bevölkerungswachstums von Indien.</i>	Die Schweizer Wirtschaft steht im internationalen Vergleich sehr gut da. Sie gehört zu den Wettbewerbsfähigsten der Welt. Deshalb zieht die Schweiz Arbeitskräfte an. Vergessen wir nicht: Im 19. Jahrhundert mussten viele Schweizer das Land verlassen, um Arbeit und Auskommen im Ausland zu finden. Selbstverständlich hat der Erfolg auch seine Grenzen: Das Ja der Stimmberechtigten zur Masseneinwanderungsinitiative vom 9. Februar 2014 ist ein deutliches Signal, dass die Bevölkerung keine ungebremsste Einwanderung will. Ecopop doppelt nun bereits nach. Lassen wir stattdessen Bundesrat und Parlament einen vernünftigen Vorschlag machen, der die Einwanderung mit Kontingenten steuert. Eine starre Quote ist der falsche Weg und das Gegenteil einer bedarfsgerechten Steuerung.

Behauptung	Fakt ist
<i>Ein Bevölkerungszuwachs durch Zuwanderung von 0,2 Prozent jährlich ist angemessen: Es entspricht den langfristigen Bevölkerungsszenarien des Bundesamts für Statistik. Und die EU wächst im Schnitt auch nicht schneller.</i>	Die radikale Senkung des Wanderungssaldos um 80 Prozent und die sklavische Ausrichtung an einer starren Obergrenze verunmöglichen eine vernünftige Steuerung der Einwanderung. Die Schweiz und ihre Wirtschaft werden durch eine fixe Quote blockiert. Es ist nicht mehr möglich, auf wirtschaftliche Veränderungen zu reagieren. Das BFS hat eine Langfristprognose gemacht, die durchaus grosse jährliche Schwankungen vorsieht. Insbesondere wenn die Babyboomer-Generation das Pensionsalter erreicht, reichen 0,2 Prozent bei Weitem nicht aus, um die riesige Lücke zu stopfen, die sie auf dem Arbeitsmarkt hinterlässt. Der Vergleich mit EU-Ländern, von denen viele auch wirtschaftlich sehr schwache Regionen haben, ist nicht aussagekräftig.
<i>Mit der Ecopop-Initiative können immer noch über 100'000 Personen einwandern. Das reicht bei Weitem für alle benötigten Fachkräfte, für den Familiennachzug und die Aufnahme von Verfolgten.</i>	Diese Aussage ist falsch. Die Ecopop-Initiative will einen fixen Wanderungssaldo von 0,2 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung in die Verfassung schreiben. Das sind nach heutigen Zahlen rund 16'000 Personen pro Jahr, die mehr ein- als auswandern dürften. In den letzten Jahren betrug diese Zahl (gemäss Bundesamt für Migration) 70'000 bis 80'000 Personen. Das heisst: Die rigide Ecopop-Initiative verlangt eine Reduktion um volle 80 Prozent. Zurückkehrende Auslandschweizer, angeheiratete ausländische Partner und deren Kinder, anerkannte Flüchtlinge – sie alle dürften wohl weiterhin in die Schweiz kommen. Für Fachkräfte bleibt da kaum noch ein Kontingent übrig. Die Schweizer Wirtschaft würde abgewürgt.
<i>Auch nach Annahme der Initiative werden die wirtschaftlichen Bedürfnisse berücksichtigt. Die Quote von 0,2 Prozent muss nur im Schnitt über drei Jahre eingehalten werden.</i>	Von Flexibilität und Rücksichtnahme auf Gesellschaft und Wirtschaft kann bei Ecopop keine Rede sein. Die Initianten haben im Kommentar zu ihrer Initiative ausdrücklich festgehalten, dass man z.B. nicht innerhalb einer Messperiode von drei Jahren weniger Menschen hereinlassen könne, um für wirtschaftlich gute Zeiten ein «Zuwanderungspolster» zu haben. Umgekehrt muss jedoch alles, was die starre Quote überschreitet, umgehend wieder kompensiert werden.
<i>Mit einem Zuwanderungsüberschuss von 0,2 Prozent ist nachhaltiges Wachstum möglich. Es kommt keineswegs zum Stillstand.</i>	Die 0,2 Prozent gelten völlig unabhängig von der Wirtschaftslage und der politischen Situation. Sie werden von Ecopop unverrückbar als starre Quote in die Verfassung gemeisselt. Wenn aufgrund einer humanitären Krise eine Flüchtlingswelle die Schweiz erreicht und gleichzeitig viele Auslandschweizer zurückkehren wollen, dann hat es für Arbeitnehmende keinen Platz mehr. Gewerbe, KMU und Wirtschaft gehen leer aus. Ecopop vermischt die verschiedenen Ausländerkategorien, und das kann sich fatal auf die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz auswirken.

Ecopop und das Mobilitätswachstum

Behauptung	Fakt ist
<i>Durch die Begrenzung der Zuwanderung leistet die Ecopop-Initiative einen wichtigen Beitrag zur Begrenzung des Verkehrswachstums: 80 Prozent des Mobilitätswachstums sind durch das Bevölkerungswachstum bedingt.</i>	Zwar trägt die Zuwanderung zum Verkehrswachstum bei, aber eine genaue Betrachtung der Zahlen zeigt, dass sich die Mobilität schon seit geraumer Zeit vom demografischen und wirtschaftlichen Wachstum entkoppelt hat. Während die Bevölkerung zwischen 1990 und 2011 um 18 Prozent und die Wirtschaftsleistung um 35 Prozent gewachsen sind, stiegen die Personenkilometer auf der Schiene um 66 Prozent und auf den Nationalstrassen gar um 118 Prozent. Ecopop löst keine Verkehrsprobleme. Im Gegenteil: Da die Initiative Kurzaufenthalter und Grenzgänger ausklammert, besteht die Gefahr, dass angesichts der starren und rigiden Einwanderungsquote vermehrt auf genau diese Arbeitnehmenden zurückgegriffen wird. In den Grenzregionen führt dies zu noch mehr Verkehr.

Ecopop und die Raumplanung

Behauptung	Fakt ist
<i>Durch die Begrenzung der Zuwanderung leistet die Ecopop-Initiative einen wichtigen Beitrag gegen die Zersiedelung.</i>	Tatsächlich ist die Zersiedelung der Schweiz ein Problem. Bundesrat, Parlament und Volk haben dies aber erkannt und geben mit entsprechenden Instrumenten Gegensteuer. Das neue Raumplanungsgesetz sieht hier eine Reihe von wirksamen Massnahmen vor. Ecopop allerdings verkürzt die tatsächlichen Zusammenhänge auf unlautere Art und Weise, indem massgeblich die Zuwanderung für die Zersiedelung verantwortlich gemacht wird. Gemäss Erhebungen des Bundes wächst die Siedlungsfläche in der Schweiz nach wie vor schneller als die Bevölkerung. Ein Grund dafür ist, dass die beanspruchte Fläche pro Person angestiegen ist. In den 1980er-Jahren lag der Wert noch bei 387 m ² pro Person, heute beträgt dieser 407 m ² pro Person. Ecopop ändert an diesem negativen Trend nichts.

Ecopop als Antwort auf Energie- und Umweltfragen

Behauptung	Fakt ist
<i>Dass immer mehr Leute in die Schweiz strömen, bedeutet auch, dass der Ressourcen- und Energieverbrauch steigt. Nur mit der Begrenzung der Zuwanderung bekommt die Schweiz ihren Energie- und Ressourcenverbrauch in den Griff.</i>	Für die Umwelt spielt es keine Rolle, in welchem Land der Mensch CO ₂ ausstösst. Umweltschutz ist eine grenzüberschreitende und globale Aufgabe und darf nicht isoliert betrachtet werden. Wenn jemand aus Osteuropa in die Schweiz zieht, nimmt der Energieverbrauch auf der Welt nicht zu – im Gegenteil: In der Schweiz verfügen wir über eine energieeffiziente Infrastruktur und gut isolierte Wohnungen, die sich in anderen Ländern nicht finden. Mit ihrer innovativen Wirtschaft und konkreten Lösungen im Bereich Energie leistet die Schweiz einen wichtigen Beitrag zur Begrenzung des Energie- und Ressourcenverbrauchs. Dies ist nur möglich, wenn unsere Unternehmen die notwendigen Fachleute anstellen können. Sonst wandern die Forschung und die Umsetzung solch sinnvoller Projekte ins Ausland ab.

Ecopop und die Auslandschweizer

Behauptung	Fakt ist
<i>Auslandschweizer können auch nach Annahme der Initiative jederzeit zurückkehren.</i>	Zurückkehrende Auslandschweizer zählen zur ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz und fallen daher auch unter die starre 0,2-Prozent-Klausel. Sie geniessen zwar ein absolutes Vorrecht. Kommen aufgrund von Spannungen in einer Weltregion in einem Jahr ausserordentlich viele Auslandschweizer in ihr Heimatland zurück und wandern gleichzeitig nur wenige Schweizer aus, ist die Einwanderungsquote von Ecopop aber schnell ausgeschöpft. Dann ist es den KMU und den grösseren Unternehmen nicht mehr möglich, dringend benötigte ausländische Fachkräfte anzustellen.

Ecopop und die Masseneinwanderungsinitiative

Behauptung	Fakt ist
<i>Die Masseneinwanderungsinitiative wird in Bern sowieso verwässert und nicht wirksam umgesetzt. Deshalb braucht es die Ecopop-Initiative.</i>	Mit der Annahme der Initiative «gegen Masseneinwanderung» hat die Schweizer Bevölkerung entschieden, die Einwanderung künftig wieder über Kontingente zu steuern. Dies unter Berücksichtigung der Interessen der Wirtschaft. Der Bundesrat arbeitet mit Hochdruck daran, den neuen Verfassungstext dem Volkswillen entsprechend umzusetzen. Das Volk hat ihm dafür drei Jahre Zeit gegeben. Würde die Ecopop-Initiative angenommen, würde das einen erneuten Kurswechsel bedeuten. Statt einem Kontingentsystem müsste neu eine fixe und starre Einwanderungsquote eingeführt werden.

Ecopop und Fremdenfeindlichkeit

Behauptung	Fakt ist
<i>Die Initiative ist nicht ausländerfeindlich. Sie bewahrt die Lebensqualität für alle Menschen in der Schweiz – unabhängig von Nationalität oder Rasse.</i>	Die Initiative ist eindeutig egoistisch, anmassend und fremdenfeindlich. Allein die Zuwanderer werden für die Umweltprobleme in der Schweiz verantwortlich gemacht. Und mittels Entwicklungszusammenarbeit soll die Schweiz in den ärmsten Ländern dafür sorgen, dass die Frauen weniger Kinder gebären. Innerhalb der Schweiz soll die Lebensqualität durch Abschottung gehalten werden, während sich andere einschränken sollen, obwohl sie die natürlichen Ressourcen weit weniger stark belasten. Diese Haltung ist anmassend und kolonialistisch.

Ecopop und Familienplanung

Behauptung	Fakt ist
<i>Die Bevölkerungsexplosion ist ein globales Problem, das global gelöst werden muss. Mit der Ecopop-Initiative kann die Schweiz einen Beitrag leisten.</i>	Wir können heute nicht mehr von einer «Bevölkerungsexplosion» sprechen. Zwar hat sich die Weltbevölkerung seit 1960 verdoppelt, doch das Wachstum verlangsamt sich seit mittlerweile mehr als drei Jahrzehnten immer stärker. Die weltweite Fruchtbarkeitsrate liegt derzeit bei 2,5 Kindern pro Frau, gegenüber 4,5 Kindern im Jahr 1970. Damit wächst die Weltbevölkerung nur noch um ein Prozent pro Jahr. Alle seriösen Prognosen zeigen: Im Verlauf des 21. Jahrhunderts wird sich die Weltbevölkerung stabilisieren. Ecopop will also ein Problem lösen, das um 1970 noch vordringlich war. Und die Initianten wollen, dass die Schweiz dazu auch noch Mittel wählt, die erwiesenermassen wenig bis gar nichts bringen.
<i>Viele Frauen in Drittweltländern würden gerne verhüten, haben aber keinen Zugang zu Verhütungsmitteln.</i>	Diese Behauptung wird durch neue Studien seitens UNO und Weltbank stark relativiert. Die meisten Frauen, die in Entwicklungsländern gegen ihren Willen schwanger werden, hätten schon Möglichkeiten zur Verhütung. Sie dürfen diese aus verschiedensten Gründen aber nicht anwenden: Weil ihr Mann dagegen ist, oder die Eltern, weil ihr Umfeld viele Kinder erwartet oder weil diese die einzige Altersversicherung sind. Die Geburtenrate sinkt überall dort frappant, wo die Stellung der Frauen in der Gesellschaft gestärkt wird: durch Investitionen in ihre Bildung, Gesundheit und das Eröffnen wirtschaftlicher Perspektiven.
<i>Freiwillige Familienplanung ist seit der UNO-Deklaration von 1968 ein grundlegendes Menschenrecht.</i>	Die entsprechende Deklaration hält fest, dass Menschen selbst bestimmen können sollen, wie viele Kinder sie haben möchten. Damit dies möglich wird, braucht es ein entsprechendes politisches, ökonomisches und gesellschaftliches Umfeld. Verhütungsmittel und Aufklärungskurse sind nur eine Massnahme unter vielen, für sich allein aber kaum wirksam. Ecopop verfolgt hier eine Scheuklappenpolitik.
<i>Familienplanung ist das wirksamste Mittel zur Sicherung der Gesundheit von Frauen und Kindern.</i>	Das stimmt schlicht und einfach nicht. Überall auf der Welt, in allen Regionen und in allen Ländern, sieht man die folgende Entwicklung: Die Familiengrösse nimmt erst ab, wenn die Kindersterblichkeit gesunken ist. Zuerst kommt die Gesundheit, erst dann kommt die Familienplanung. Die Ecopop-Initiative würde in der Entwicklungszusammenarbeit viel Geld binden und gefährdet damit viele gute und erfolgreiche Projekte der Schweiz im Bereich Bildung, Versorgung und Gesundheit.

Ecopop und die Bilateralen

Behauptung	Fakt ist
<i>Es ist nicht nötig, die Bilateralen I zu kündigen, denn im Freizügigkeitsabkommen sind Anpassungsmöglichkeiten explizit vorgesehen. Die Schweiz muss sie nur nutzen.</i>	Aus heutiger Sicht ist es völlig unrealistisch zu erwarten, dass die EU bereit ist, bei der Personenfreizügigkeit Kompromisse einzugehen. Im Zusammenhang mit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative kam dies bereits klar zum Ausdruck. Zwar kann eine Vertragspartei eine Revision des Abkommens vorschlagen. Die andere Vertragspartei ist aber nicht verpflichtet, darauf einzutreten. Das Abkommen sieht auch vor, dass Gespräche verlangt werden können, wenn aufgrund der Anwendung des Abkommens schwere soziale oder wirtschaftliche Probleme entstanden sind. Davon kann in der Schweiz aber keine Rede sein. Mit der Personenfreizügigkeit ist Ecopop völlig unvereinbar, weshalb der Schweiz nichts anderes übrig bleiben wird, als den Vertrag zu kündigen. Damit werden alle anderen Verträge der Bilateralen I und weitere, damit zusammenhängende Abkommen unmittelbar in Gefahr gebracht.
<i>Die Kündigung der Bilateralen I führt der Schweiz weder einen erheblichen Schaden zu, noch bewirkt sie eine wirtschaftliche Isolation.</i>	Die EU ist unser wichtigster Handelspartner. Die bilateralen Verträge öffnen unseren Unternehmen den Zugang zum europäischen Binnenmarkt in Bereichen, die vom über 40 Jahre alten Freihandelsabkommen nicht berücksichtigt werden. Die Schweiz hat die Chancen, die diese Abkommen bieten, ideal genutzt. Erfolgsgeschichten wie der stark gestiegene Käseexport, die überall gefragten Züge von Stadler Rail oder die vielen europäischen Forschungsaufträge für Schweizer Hochschulen wären ohne die Bilateralen undenkbar. Dass die Schweiz viel besser als andere Staaten durch die Weltwirtschaftskrise gekommen ist, verdanken wir nicht zuletzt den Bilateralen.

Ecopop und die AHV

Behauptung	Fakt ist
<i>Die Probleme der AHV werden durch die stark wachsende Bevölkerungszahl nur aufgeschoben, aber nicht gelöst. Langfristig erhöht sich das Defizit sogar.</i>	Niemand glaubt, die AHV via Zuwanderung sanieren zu können. Fakt ist aber, dass die AHV in den letzten 20 Jahren massiv von der Zuwanderung gestützt wurde und ohne sie schon lange tief im Defizit stecken würde. Die Zuwanderung erleichtert generell die Überwindung des Babyboomer-Buckels in der Alterspyramide unserer Gesellschaft. Die neuen Zuwanderer (seit Einführung der Personenfreizügigkeit) sind zudem auch langfristig ein Gewinn für die AHV, weil darunter viele Versicherte sind, die aufgrund ihrer hohen Löhne mehr Beiträge bezahlen, als sie je an Rente erhalten werden. Falls die Altersvorsorge nicht saniert wird, rechnen Sozialversicherungsexperten bis 2030 mit einem finanziellen Loch von gegen 9 Milliarden Franken in der AHV (jährlich steigend und wiederkehrend). Dieses Loch würde sich bei einer Zuwanderungsquote à la Ecopop beinahe verdoppeln.



«Die Initiative engt unsere KMU und die Industrie massiv ein. Nein zu Ecopop.»

*Christian Wasserfallen,
Nationalrat FDP, Bern*